

EU-weit 200 Euro für jedeN?

Die Debatte um das Grundeinkommen spielte sich international lange in einem wissenschaftlichen Rahmen und damit jenseits der konkreten Fragen des politischen Alltags ab. Das *Basic Income Earth Network* (früher: *European Network*) verstand sich bis vor kurzem noch ausschließlich als wissenschaftliches Netzwerk. Erst seit einigen Jahren spielen aktivistische Gruppen eine zunehmend bedeutsame Rolle. Inzwischen sind ganze Landesnetzwerke in praktische Politik in ihren Ländern involviert und auch im Gesamtzusammenhang nehmen die Debatten um konkrete tagespolitische Probleme zu.

Ein interessantes Beispiel für diese Entwicklung hat jetzt auch den Arbeitsausschuss der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen (EBI bge) erreicht. Philippe van Parijs, historischer Gründer von BIEN und Professor für Ökonomie und Sozialethik an der Katholischen Universität von Leuven in Belgien, hat vorgeschlagen, eine Kampagne mit dem Ziel zu führen, jedem Bürger und jeder Bürgerin in der Europäischen Union seitens der EU einen Betrag von 200 Euro bedingungslos zukommen zu lassen.

Dies wäre augenblicklich rechtlich nicht möglich, da die Union weder die sozialpolitischen Kompetenzen noch die notwendigen Steuereinnahmen oder Haushaltsrechte hat, um eine solche Maßnahme zu etablieren. Im Gegenteil verbietet der Vertrag von Lissabon ganz ausdrücklich gegenseitige finanzielle Hilfen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Van Parijs' Vorstoß ist also auch als Beitrag zu der Debatte gedacht, wie eine sozialpolitische Aufgabenteilung in Europa zwischen der zentralen und der Länderebene aussehen könnte.

In ersten Reaktionen gab es durchaus Unterstützung für diese "Eurodividende" quer durch die jeweiligen nationalen Netzwerke. Zwar ist es offensichtlich, dass ein solcher Betrag die Definition nicht erfüllt, mit der die EBI ein Grundeinkommen beschreibt. Dort heißt es: "Ein emanzipatorisches 'Bedingungsloses Grundeinkommen' ist durch die folgenden vier Kriterien definiert:

- universell
- individuell
- bedingungslos
- hoch genug, um ein Dasein in Würde und die gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen." Von letzterem kann bei 200 € keine Rede sein. Das Argument der BefürworterInnen ist allerdings auch nicht von der Hand zu weisen, dass immer mehr Menschen in der EU in Situationen leben, in denen 200 Euro sehr viel Geld bedeuten und einen erkennbaren Unterschied in der Lebensqualität ausmachen können. Außerdem sei die Eurodividende lediglich als Einstieg gedacht, der Betrag könne ja kontinuierlich steigen.

Branko Gerlic, Organisator der EBI in Slovenien und Kontaktperson von BIEN ebendort, hat eine spannende Gegenargumentation entwickelt. Als erstes bezweifelt er, dass "solange die Politiker in Europa mehr oder weniger dieselben bleiben", soziale Leistungen jemals steigen werden. Darauf hat auch unsere Attac-AG genug für alle immer wieder hingewiesen, wenn in Deutschland Vorschläge kamen, ein bge mit einem sehr niedrigen Betrag zu beginnen. Erfahrungsgemäß stehen Sozialleistungen von Anfang an unter dem Druck, möglichst niedrig auszufallen. Da ist es problematisch, seine eigenen Forderungen schon ganz unten anzusetzen.

Auch das zweite Argument für die Eurodividende, dass sie zusätzlich zu den bestehenden Sozialleistungen eingeführt werden solle, bezweifelt Gerlic. Er geht vielmehr davon aus, dass viele Staaten sich überhaupt nur auf eine solche Maßnahme einlassen würden, wenn sie das als Gelegenheit nutzen könnten, bisherige Sozialleistungen abzuschaffen. So würde die Zahl der Menschen in prekären Lebensverhältnissen drastisch erhöht und die Ungleichheit insgesamt

vergrößert. Ein bedingungsloses Grundeinkommen müsse aber von vorneherein so ausgelegt sein, dass es "das Prekariat sicherer und gleicher macht". Diese Argumentation von den realen Lebensverhältnissen her, von der tatsächlichen Armut der wirklichen Menschen, ist keineswegs in allen Zusammenhängen der Grundeinkommensbewegung selbstverständlich. Oft gilt da das Prinzip der Bedingungslosigkeit mehr als die reale Wirkung einer vorgeschlagenen Maßnahme.

Branko Gerlic erwähnt einen weiteren wichtigen Aspekt: Die Lebensbedingungen in der EU sind derart unterschiedlich, dass 200 Euro in manchen Ländern mehr als der Mindestlohn wären, in Bulgarien (Mindestlohn 95 Cent/Stunde, d. h. 159 €/Monat) etwa ein Viertel mehr. Diese Erhöhung kann sozialpolitisch nur wünschenswert sein, wäre aber als Teil einer realpolitischen Maßnahme kaum vorstellbar.

Trotz dieser konkreten Bedenken ist der Vorstoß von van Parijs brisant. Er stößt eine Debatte darüber an, wie innerhalb der Europäischen Union das Grundeinkommen als Instrument verstanden werden kann, um die Lebensverhältnisse anzugleichen und sowohl die reichen Staaten wie die Union als Ganzes dafür in Verantwortung zu nehmen, dass dies geschieht.

Werner Rätz